

LESERINNENBRIEFE

taz.die.tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin  
 briefe@taz.de | www.taz.de/zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor.  
 Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zum Töten ausgebildet

■ **betz.:** **Anzeige der Bundeswehr in der taz am Wochenende**  
 Ein Mensch, der sich beim Militär zum Töten von Menschen hat ausbilden lassen, ist für mich kein Vorbild. Auf die Frage, was mich zum Vorbild macht, gibt es eine ganz einfache Antwort: Ich habe nie eine Militärwaffe in die Hand genommen.  
**JENS WARNER, Lüneburg**

Potenter Anzeigenkunde

■ **betz.:** **Anzeige der Bundeswehr in der taz am Wochenende**  
 Liebe Leut – ich bin entsetzt! Hat die taz jetzt schon einen bindenden Vertrag mit der Aggressionsarmee, Bundeswehr genannt, wann immer es ihr nützlich erscheint, eine viertel, halbe Seite, wie auch immer Platz zu haben für ihre Propaganda? Auf der einen Seite brüsten ihr euch, doch immer so unabhängig von möglicher Beeinflussung durch Werbekunden geblieben zu sein, auf der anderen Seite weiß ich von internen Diskussionen – lang, lang ist's her – in den 80er Jahren, in denen es sehr wohl auch darum ging, sich über Inserate aus finanziellen Löchern zu hebeln, doch leider, leider fanden sich keine potenten Kunden, die damals in der taz inserieren wollten! Und jetzt habt ihr einen gefunden: Gratuliere!  
**DORINA GILARDONE, Nürnberg**

Durcheinandergeratene Begriffe

■ **betz.:** **„Provokateurin statt Kanzlerin“, taz vom 15. 8. 16**  
 Schade, dass Merle Stöver während ihres Aufenthalts in Israel die Gelegenheit versäumt hat, die sich unter anderem für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge einsetzenden Mitglieder der Organisation Zochrot (hebräisch für Erinnerung) kennenzulernen. Diese erwarten im Gegensatz zu ihr nicht, dass die arabischen Nachbarstaaten das Flüchtlingsproblem für Israel lösen, sondern erkennen die Rechte der Flüchtlinge an und entwerfen Pläne zur Umsetzung des Rückkehrrechts. Unter zochrot.org/en, „Return“ (Rückkehr), kann sie alles dazu erfahren. Nachhaken sollte sie auch das Lesen des Gründungsaufrufs der BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen) unter www.bds-info.ch/index.php/de/ueber-uns/palastinensischer-aufruf. Danach muss sie sich nicht weiterhin gezwungen sehen, diese als antisemitisch zu verunglimpfen. Außerdem empfehle ich ihr das Buch von Hajo G. Meyer, „Judentum, Zionismus, Antizionismus und Antisemitismus“ zur Klärung der bei ihr offensichtlich durcheinandergeratene Begriffe.  
**MANUELA KUNKEL, Stuttgart**

Job im Bundestag ist kein Picknick

■ **betz.:** **„Kühl und herabwürdigend“, taz vom 12. 8. 16**  
 Ein beinahe seitenfüllendes Interview mit einer früheren studentischen Hilfskraft der ehemaligen SPD-Abgeordneten Petra Hinz? Was ist der Mehrwert? Frau Henke, die offenbar nur einen Monat für Frau Hinz gearbeitet hat, bezeichnet die Arbeitsstrukturen als Mobbing. Sie erzählt von einem kühlen Umgangston, hoher Arbeitsbelastung und einem vermeintlichen Kontrollwahn. Definiert dies bereits Mobbing? Dass ein Nebenjob im Bundestag kein Picknick ist, sollte allen bewusst sein. Wenn nun die Strukturen tatsächlich für ein schlechtes Arbeitsklima sorgen, sollte dies definitiv auch angesprochen werden. Aber zu sagen, der Umgang sei erniedrigend, stellt für mich in keinsten Weise eine konstruktive Kritik dar. Darüber hinaus ist der Beschäftigungszeitraum viel zu kurz, um fundierte Aussagen über Frau Hinz' Umgang mit Mitarbeiter\*innen im Allgemeinen zu treffen. Die weiteren Aussagen von Frau Henke beziehen sich denn auch lediglich auf Hörensagen. Ich möchte in keinsten Weise Frau Hinz in Schutz nehmen, da ich sie weder kenne, noch genug über sie weiß. Jedoch erwarte ich von der taz eine fundiertere Berichterstattung als ein Interview mit einer 4-Wochen-Hilfskraft, die sich nun berufen fühlt „systematisches Mitarbeitermobbing“ aufzuzeigen. Dazu sollten langjährige (ehemalige) Mitarbeiter\*innen aus Bundestagsbüros befragt werden, die vielleicht tatsächlich etwas von Bedeutung zu berichten hätten.  
**LOTTE BLUMENBERG, Berlin**

Der falsche Weg

■ **betz.:** **„Identitäre“ unter Beobachtung, taz vom 13. 8. 16**  
 Na, ob diese „Identitäre“ Bewegung sich davon beeindrucken lässt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sie jetzt beobachtet, ist doch stark zu bezweifeln! Und wenn irgendwann diese Gruppe verboten werden sollte, dann bekommt das Kind halt einen anderen Namen! Und mit der Beobachtung allein ist es nicht getan, man muss solchen Bewegungen immer auch politisch die Grenzen aufzeigen und schonungslos aufdecken, dass ihre Parolen und Denkwiese der falsche Weg sind!  
**RENÉ OSSELMANN, Magdeburg**

Unentspanntes Reisen mit der Bahn

■ **betz.:** **„Österreich zeigt Deutschland, wie Nachtzug geht“, taz vom 13. 8. 16**  
 Die Einstellung des Nachtzugangebotes der DB ist ein Hohn für alle, die auf umweltverträgliche Urlaubsmobilität setzen. Sie passt aber leider zu den Sonntagsreden der aktuellen Regierung, die in Wirklichkeit den Flug- und Autoverkehr unterstützt. Kein Wunder bei dem Führungspersonal der Bahn. Unsere Familie hat des Öfteren Nachtzugreisen von Köln nach Warschau, Prag, Barcelona, Wien und Madrid unternommen. Das waren immer aufregende und entspannende Urlaube, von Anfang an! Dass es solche Möglichkeiten in Zukunft noch weniger geben soll, ist wirklich traurig!  
**FAMILIE REISIG, Köln**

„Allein durch Mitarbeit schuldig“

**NS-VERBRECHEN** Staatsanwalt Jens Rommel ermittelt gegen vier Exwachleute und vier Bürokräfte des KZ Stutthof. Bei einem Schuldspruch könnten neue Prozesse folgen

INTERVIEW MINH SCHREDLE

taz: Herr Rommel, Sie und die Zentrale Stelle werfen aktuell acht mutmaßlichen NS-Verbrechern Beihilfe zum Mord vor. Warum jetzt? Waren die Fälle die letzten 70 Jahre unbekannt?

Jens Rommel: Die Zentrale Stelle Ludwigsburg hat im Frühjahr 2015 mit Vorermittlungen zum Konzentrationslager Stutthof begonnen. Dabei haben wir zunächst aber nicht bestimmte Personen in den Blick genommen, sondern die Struktur des Lagers und die Frage, in welchem Zeitraum hier systematische Tötungen durchgeführt wurden. Nur Personen, die während des laufenden Vernichtungsprogramms im Lager gearbeitet haben, können wir womöglich wegen Beihilfe zum Mord belangen. Unsere Erkenntnisse über diese konkreten Zeiträume sind in der Tat neu.

Was haben Sie herausgefunden?

Ab dem Spätsommer 1944 wurden jüdische Gefangene in Stutthof gezielt in Gaskammern oder durch Genickschüsse getötet. Wir haben überprüft, wer in dieser Zeit in dem Lager gearbeitet hat und wer davon heute noch lebt. Den jetzigen Beschuldigten können wir zwar nicht nachweisen, dass sie konkret an einzelnen Morden beteiligt gewesen sind. Aber wir vertreten die Auffassung, dass man sich allein durch seine Mitarbeit an einem solchen Vernichtungsprogramm der Beihilfe zum Mord schuldig machen kann.

Welche Rollen haben die Beschuldigten dabei nach Ihren Erkenntnissen eingenommen?

Vier von ihnen, allesamt Männer, waren Wachleute. Als Teil ihrer Arbeit haben sie die Gefangenen an der Flucht gehindert. Das begründet aus unserer Sicht eine Mitschuld an den Morden. Die vier beschuldigten Frauen



Will eine neue Grundlage für die Strafverfolgung für NS-Verbrecher schaffen: Jens Rommel Foto: Marijan Murat/dpa

Umfarbung der NS-Zeit

■ Erst mit der Gründung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ 1958 begann in Deutschland die systematische Verfolgung von NS-Verbrechern. Die Zentrale Stelle ermittelte gegen gut 100.000 Personen, verurteilt wurden ca. 6.500 Angeklagte.

haben als Schreibkraft, Telefonistin oder Fernsprechermittlerin gearbeitet. Hier ist die Beteiligung abstrakter. Aber auch in der Kommandantur wurden die Massenverbrechen vorbereitet. Daher sehen wir auch hier eine Teilschuld.

Ob das für eine Verurteilung ausreicht, ist aber umstritten ... Das stimmt. Mit unseren Vorermittlungen wollen wir eine Grundlage zur Strafverfolgung schaffen. Ob das zu weiteren Verfahren oder Urteilen führt, liegt im Ermessen von Staatsanwaltschaften und Gerichten. Richtungweisend wird hier die

Revisionsentscheidung des Bundesgerichtshofs im Fall Gröning sein. Dieser wurde vom Landgericht Lüneburg verurteilt, ohne dass Nachweise für Tatbeiträge zu Morden in konkreten Einzelfällen vorlagen. Sein Dienst als Wachmann im Konzentrationslager reichte aus. Das ist juristisch eine vergleichsweise neue Perspektive.

Könnten noch etliche weitere Prozesse folgen, wenn der BGH diese Rechtsauffassung mitträgt?

Wir überprüfen unsere Archive und stellen neue Ermittlungen an. Dabei geht es auch um Fälle, von denen bislang angenommen wurde, dass hier keine Strafverfolgung möglich ist. Zu einer Verfahrenswelle wird es aber nicht mehr kommen, weil die meisten Personen entweder tot oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr verhandlungsfähig sind. Das betrifft mehr als 95 Prozent. Einzelne dürften sich aber vermutlich dennoch ihrer Verantwortung vor Gericht stellen müssen.

Heute sind die Beschuldigten Greise. Kommt ein Umdenken der Justiz nicht viel zu spät?

Ich kann nur aus heutiger Sicht meine Arbeit und die der Behörden bewerten. In der Zentrale Stelle sind wir der Ansicht, dass auch der Einzelne Verantwortung für Massenverbrechen trägt. Wenn wir damit richtig liegen, sind sehr viele Täter davongekommen, ohne je zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Durch späte Urteile wird nichts verändert, was in der Vergangenheit versäumt wurde, erst recht keine Morde wiedergutmacht. Trotzdem finde ich es wichtig, auch heute noch diejenigen zu verfolgen, die sich aus unserer Sicht schuldig gemacht haben.

Jens Rommel

■ 44, ist Staatsanwalt und leitet seit Oktober 2015 die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen. Mit Generalfeldmarschall Erwin Rommel ist er „weder verwandt noch verschwägert“.

Macht er's noch einmal?

**OSKAR LAFONTAINE** Die Linken im Saarland wollen ihren Fraktionschef auch 2018 als Spitzenkandidaten

FRANKFURT/MAIN taz | „Wir brauchen ihn, er ist das Gesicht der Linken an der Saar,“ räumt Claudia Kohde-Kilsch unumwunden ein. Gleichzeitig dementiert die Fraktionssprecherin der Linken im Saarbrücker Landtag energisch alle Meldungen, Oskar Lafontaine habe sich bereits zu einer erneuten Kandidatur für den Landtag durchgerungen. Noch sei der Chef im Urlaub, sagt Kohde-Kilsch, die auch Vorsitzende der Linken im Saarbrücker Stadtparlament und ehemalige Weltranglistenvierte im Tennis ist.

„Zu gegebener Zeit“

Nach den Sommerferien, am 29. August, trete die Landtagsfraktion zusammen, die Nominierungen seien für Oktober terminiert, dazwischen „zu gegebener Zeit“, werde Lafontaine sich seinen Parteifreunden erklären. Es wäre, fügt Kohde-Kilsch hinzu, „ein großer Verlust“, sollte Lafontaine aus der Landespolitik auscheiden.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende, Ministerpräsident und Bundesfinanzminister wird im Oktober 73 alt. Er hat ein Attentat und eine Krebserkrankung überstanden. Dennoch rechnet



Zieht Publikum an: Oskar Lafontaine 2015 Foto: Christian Ditsch

niemand wirklich mit seinem Rückzug. Nach wie vor mischt sich der Oppositionsführer im saarländischen Landtag in die bundesweiten Debatten ein, etwa wenn er seinem früheren Buddy Gregor Gysi etwas mehr Zurückhaltung empfiehlt. Die Thesen zur Flüchtlingskrise, mit denen seine Ehefrau Sahra Wagenknecht in ihrer Partei angeeckt ist, hatte zuvor Lafontaine auf den Punkt gebracht. Es sei gut gemeint, wenn die Parteivorsitzenden der Linken alle Flüchtlinge willkommen hießen, sagte Lafontaine im April,

„aber Arbeiter, Arbeitslose und Rentner wissen, dass das zu ihren Lasten geht, solange die Kanzlerin keine Reichensteuer einführt und an der schwarzen Null festhält.“

Der Kanzlerin widersprach er zuletzt erneut, „so schaffen wir das nicht“, postete Lafontaine im Internet. Der Mann, der wie kein anderer in den letzten vierzig Jahren die Politik des kleinsten Flächenlands geprägt hat, wird mit solchen Sätzen beim Wahlvolk gehört: 16,1 Prozent hat er für die Linken bei der letzten Landtagswahl erzielt; aktu-

ell liegt seine Partei an der Saar bei 12 Prozent.

Mit einer erneuten Kandidatur Lafontaines dürfte das nächste Wahlergebnis besser ausfallen – auch wegen dessen Streitlust. Im Landtag wetterte er gegen den geplanten Windpark auf dem Berg Litemont. Der grüne Bürgermeister Peter Lehnert, der seit Jahren dafür kämpft, ist nicht gut auf den Linkenfraktionschef zu sprechen. Seit vielen Jahren kreuzt er mit Lafontaine die Klinge. Als Lehnert Aktivist gegen den Kohlebergbau im Saarland war, heftete er Lafontaine persönlich das Etikett „nicht wählbar“ an. „Er war der einzige Politiker, der sich zusammen mit uns hat fotografieren lassen, er weiß, wie man populär wird,“ sagt Lehnert nicht ohne Anerkennung.

Die Bundespartei wünscht sich offenbar Lafontaines erneute Kandidatur. Für die stellvertretende Parteivorsitzende Janine Wissler wäre es ein „Verlust“, sollte sich Oskar Lafontaine zurückziehen. „Er ist an der Saar bekannt und populär wie kein Zweiter; es wäre gut für den Wahlkampf, wenn er sich noch einmal reinwerfen würde.“  
**CHRISTOPH SCHMIDT-LUNAU**